

Gigaliner: Scheinriesen in Sachen Klimaschutz

Die EVG bekräftigt ihre Kritik an den Plänen der EU-Kommission, überlange LKW europaweit zuzulassen. In einem Schreiben an alle Abgeordneten im EU-Verkehrsausschuss warnen wir vor den Risiken der sogenannten Gigaliner für Klima und Verkehr.



Anlass für die wiederholte Intervention gegen das Vorhaben ist ein neuer Bericht aus dem EU-Verkehrsausschuss. Aus Sicht der EVG stellt dieser keine Verbesserung zum Vorschlag der EU-Kommission dar, mit dem grenzüberschreitende Fahrten von Riesen-LKW in Europa erlaubt werden sollen. Dadurch würde der Lkw-Fernverkehr weiter verbilligt und tausende Arbeitsplätze bei den europäischen Güterbahnen wären in Gefahr. Bereits Mitte dieses Jahres hatten die EVG, ver.di, unsere Schwestergewerkschaften aus der Schweiz, Österreich und Luxemburg, der Bund für Umwelt und Naturschutz und die Allianz pro Schiene heftige Kritik an dem Vorhaben geübt.

Gebündelt und verwässert mit anderen Maßnahmen im „Greening Freight Package“, soll der Eindruck erweckt werden, Riesen-Lkw seien ein Beitrag zum Klimaschutz und die Lösung für Verkehrsprobleme. Doch das Gegenteil ist der Fall: Überlange und überschwere Lkw sind klimaschädlich, gefährlich und teuer. Sie verlagern Verkehre von der Schiene zurück auf die Straßen, sind eine Gefahr für andere Verkehrsteilnehmer und belasten öffentliche Haushalte mit zusätzlichen Kosten für Straßen und Brücken. Deswegen appellieren wir an die Abgeordneten in Brüssel: **Lassen Sie nicht zu, dass die EU mit diesem Vorhaben ihre eigenen Ziele konterkariert!**

Bereits Mitte Februar will der EU-Verkehrsausschuss abschließend beraten. Die erste Lesung im Plenum des EU-Parlaments ist für den 11. März geplant.

Die EVG spricht sich seit langem gegen die Zulassung der bis zu knapp 26 Meter langen und bis zu 60 Tonnen schweren Riesenlaster aus. Ihre Zulassung wäre kontraproduktiv für den Klimaschutz, da noch mehr und noch größere LKW unsere Straßen verstopfen und belasten würden. Gütertransporte auf der umweltfreundlichen Schiene leisten dagegen tatsächlich einen zählbaren Beitrag, die klimapolitischen Ziele der Bundesregierung zu verwirklichen.